

## **Wahlprüfsteine Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Niedersachsen-Bremen**

1.1 Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass ein Aktionsplan zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Niedersachsen mit verbindlichen Maßnahmen auf den Weg gebracht wird und die LSBTIQ\*-Community an seiner Erstellung auf Augenhöhe beteiligt wird?

**Antwort:** Die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Niedersachsen muss endlich überall in der Fläche ankommen, dafür setzen wir uns als GRÜNE seit langem ein. Wir befürworten einen Aktionsplan. Um den Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen und Aktivitäten auszugestalten, werden wir im Vorfeld den Austausch mit der LSBTIQ\*-Community suchen und diese in die Erstellung des Aktionsplanes einbeziehen.

1.2 Werden Sie sich dafür stark machen, dass die existierenden Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ\* in Niedersachsen abgesichert und fachspezifische Angebote für trans\*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen aufgebaut werden?

**Antwort:** Ja, dafür setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen ein und wir haben dies auch in unserem Wahlprogramm festgeschrieben: „Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ein Netzwerk von Unterstützungs- und Vernetzungsstrukturen für queere Menschen schaffen. Insbesondere werden wir eine flächendeckende Beratung für trans\*, inter\* und nichtbinäre Personen sowie für Familien mit genderqueeren Kindern ermöglichen. Der Zugang soll niedrigschwellig ermöglicht werden, um Hemmschwellen abzubauen.“ (Wahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen S. 177)

1.3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Niedersächsische Landesverfassung in Artikel 3 Absatz 3 LSBTIQ\*-inklusiv ausgestaltet wird? Wollen Sie sich außerdem auch im Bundesrat für eine Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes einsetzen?

**Antwort:** Grundsätzlich treten BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN in Niedersachsen auf allen Ebenen für eine Gleichberechtigung von LSBTIQ\* ein, eine Änderung der Landesverfassung möchten wir im Gespräch mit dem LSVD prüfen. Für eine entsprechende Änderung der Landesverfassung wird im Landtag eine zweidrittel Mehrheit benötigt, daher kann nicht einfach von einer Regierungsmehrheit auf den Weg gebracht werden.

1.4 Werden Sie sich auf Bundesebene für die Ersetzung des demütigenden Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz einsetzen, das die Akzeptanz von trans\* und nicht-binären Menschen in den Mittelpunkt stellt?

**Antwort:** Ja, das Transsexuellengesetz muss so schnell wie möglich abgeschafft werden. Wir freuen und sehr, dass die Bundesregierung bereits konkrete Eckpunkte für ein neues Selbstbestimmungsgesetz vorgelegt hat, das es trans- und intergeschlechtlichen sowie nicht-binäre Menschen ein selbstbestimmtes Leben erleichtern und das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung umsetzen wird.

2.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in allen Polizeiinspektionen, sowie beim

Landeskriminalamt, der Polizeiakademie sowie bei den Staatsanwaltschaften hauptamtliche Ansprechpersonen für LSBTIQ\* eingerichtet sowie eine landesweite Meldestelle zu LSBTIQ\*-feindlichen Straftaten anstoßen und niedrigschwellige Beratungsangebote für Betroffene geschaffen werden?

**Antwort:** Ja

2.2 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema LSBTIQ\*-feindliche Hassgewalt als verbindliches Thema in die Ausbildung von Polizisten\*innen aufgenommen und prüfungsrelevant wird sowie in den Aufstiegsfortbildungen für den Leitungsbereich fest verankert wird?

**Antwort:** Ja

2.3 Wie wollen Sie LSBTIQ\*-Geflüchtete vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen und dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften und Beratungseinrichtungen zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTIQ\*-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?

**Antwort:** Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport und das Niedersächsische Sozialministerium haben im Jahr 2015 gemeinsam ein Konzept für den Schutz von zugewanderten Frauen und Kindern vor Gewalt erarbeitet. Sie haben Standards festgelegt, um diese besonders schutzbedürftigen Flüchtlingsgruppen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes vor Gewalt zu schützen. Das Konzept enthält Empfehlungen zur separaten Unterbringung, zu sicheren Sanitäreinrichtungen und notwendigen Rückzugsräumen. Auch sollen in den Einrichtungen genügend Frauen beschäftigt sein, damit weibliche Flüchtlinge in Bedrohungssituationen Frauen als Ansprechpartnerinnen haben. Und das Personal muss selbstverständlich darüber informiert sein, wie Misshandlung und sexuelle Gewalt erkannt werden kann, wie in einer akuten Gewaltsituation zu reagieren ist und welches Beratungs- und Hilfenetz den Frauen zur Verfügung steht. Das Konzept gibt dafür klare Vorgaben. Einige der in dem Konzept ausgesprochenen Empfehlungen kommen auch anderen von Gewalt betroffenen Flüchtlingen und Asylbegehrenden zugute. Dennoch sind perspektivisch auch für weitere besondere Zielgruppen wie LSBTIQ\*-Geflüchtete angemessene und spezialisierte Schutzkonzepte notwendig. Notwendig ist die laufende Evaluierung und damit verbunden auch die Erweiterung und Ergänzung von Schutzkonzepten. LSBTIQ\*-Geflüchtete sind in einer besonderen Lage. Oftmals traumatisiert erfahren sie auch hier in Deutschland weiterhin Diskriminierung. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass sie, die hier bei uns Schutz suchen, auch angemessene Unterstützung und Hilfsangebote bekommen, um sich sicher zu fühlen.

Darüber hinaus fordern wir weiterhin eine verstärkte Sensibilisierung für Antidiskriminierung beim Sicherheitspersonal in den Unterkünften und der Polizei. Dafür braucht es nicht nur eine neue Fehler- und Diskurskultur, sondern auch einen festen Platz in Aus- und Weiterbildung: Ziel ist, eine Sensibilisierung für Rassismus, Sexismus und Racial Profiling noch stärker in der Ausbildung zu verankern und durch Fortbildungsmaßnahmen zu verstetigen, damit sie im Berufsalltag gelebt werden. Die Arbeit von Landeseinrichtungen im Bereich der LSBTIQ\* werden wir ausbauen und verbessern.

Wir wollen auch im Rahmen der Integrationsarbeit dafür Sorge tragen, dass LSBTIQ\*-Geflüchtete und -Zugewanderte Berücksichtigung finden. Dazu werden wir im Rahmen der entsprechenden Arbeitsprozesse zur Aufstellung und Ausgestaltung von Integrationsprogrammen und -maßnahmen mit den zuständigen Verbänden in den Dialog treten, damit die Berechtigten Anliegen verstärkt Berücksichtigung in der ministeriellen Arbeit finden.

3.1 Wie wollen Sie LSBTIQ\*-Themen in die Rahmenlehrpläne, Richtlinien, Rahmenrichtlinien, Kerncurricula aller Schularten verankern und für eine fächerübergreifenden Thematisierung sorgen?

**Antwort:** Mit dem unter Rot-Grün beschlossenen Antrag „Schule muss der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden - Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern - Diskriminierung vorbeugen“ ist dahingehend ein erster wichtiger Schritt getan. Kerncurricula und Rahmenlehrpläne werden seither sukzessive um das Themenfeld sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erweitert. Hier braucht es ggf. eine Nachsteuerung, damit das Themenfeld auch wirklich inhaltlich aufgegriffen wird. Die darin ebenfalls enthaltene Aufforderung, die Schulen mögen das Themenfeld in ihre schulinternen Pläne übernehmen, ist vielerorts vermutlich noch nicht nachgekommen worden. Hier ist den Schulen über die Behörden noch einmal deutlicher aufzuzeigen, dass sie dieser Verpflichtung nachkommen müssen. Eine vorherige Sensibilisierung der LSBTIQ-Ansprechperson, die wir GRÜNE an jeder Schule schaffen wollen, ist insofern wichtig, als dass die aufkommenden Fragen und ggf. das Unverständnis gut aufgefangen werden müssen.

3.2 Welche Ideen haben Sie, um sicherzustellen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich, sowie in der Sekundarstufe 1 und 2 angeboten werden?

**Antwort:** Zunächst ist es wichtig, das Problembewusstsein aller Beteiligten durch Fortbildungen zu schärfen. Zwar hat die letzte Rot-Grüne Landesregierung bereits eine verpflichtende Thematisierung und Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Unterrichtsmaterialien aller Fächer festgeschrieben, die Umsetzung über die entsprechenden Verlage geschieht aber zu schleppend. Hier sind Gespräche mit den Verlagen notwendig, ggf. muss der Druck erhöht werden. In Niedersachsen genügt keine Selbstverpflichtung der Schulbuchverlage, dass die vorgegebenen Themen, zu denen auch sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Vielfalt gehört, behandelt werden. Hier muss eine Kontrollinstanz eingeführt werden, sofern die Verlage ihrem Auftrag nicht gerecht werden.

3.3 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog\*innen Eingang findet und verpflichtende Seminare und Module regelmäßig angeboten werden?

**Antwort:** Ja, diese Fortbildungen sind elementar, wenn sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schule und Unterricht mitgedacht und sichtbar sein sollen. Die wissenschaftlich evaluierten Erfahrungen aus den wenigen Fortbildungsangeboten zeigen, dass vielen Lehrkräften vor der Fortbildung das Problembewusstsein fehlte. Andererseits ist bekannt, dass durch die Thematisierung und Sichtbarmachung der Themen in Unterricht und Schule der Druck auf queere Jugendliche und somit auch die schweren psychischen Folgen dieses Drucks sinken. So verbessern die Implementierung in Ausbildung und ein regelmäßiges, verpflichtendes Fortbildungsangebot die Situation von queeren Jugendlichen, ermöglichen somit eine diskriminierungsfreie Bildungsteilhabe und tragen nachweislich auch zur Verbesserung des gesamten Lernklimas bei.

3.4 Wie werden Sie die auskömmliche Finanzierung queerer Bildungsprojekte und -einrichtungen sicherstellen?

**Antwort:** Für eine auskömmliche Finanzierung queerer Bildungsprojekte und -einrichtungen werden wir uns in möglichen Koalitionsverhandlungen einsetzen und diese nach Möglichkeit langfristig anlegen.

4.1 Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in den Regelstrukturen der Familienhilfe oder des Familienalltags in Niedersachsen weiter zu fördern und zu verankern?

**Antwort:** Der sach- und zeitgemäße Umgang mit Regenbogenfamilien in den Regelstrukturen der Familienhilfe oder des Familienalltags muss endlich zur Selbstverständlichkeit werden. Hierzu möchten wir in der Familienhilfe selbst sensibilisieren und zudem das Thema stärker in Ausbildung, Studium und Fortbildungen einbinden. Im Rahmen der Familienerholung wollen wir spezielle Angebote für Regenbogenfamilien schaffen.

4.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien in Kindertagesstätten, Schulen und Verwaltungen berücksichtigt und akzeptiert werden?

**Antwort:** Vielfalt in öffentlichen Einrichtungen und der Verwaltung liegt uns besonders am Herzen, Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in allen Belangen Gleichgestellt und berücksichtigt werden. Deshalb muss das Thema geschlechtliche Vielfalt stärker in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von pädagogischem Personal verankert werden. Gut ausgestattete Beratungsstellen können Regenbogenfamilien bei Problemen mit öffentlichen Einrichtungen gezielt unterstützen.

4.3 Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts stark machen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und Mehrelternfamilien, trans\*, intergeschlechtlichen sowie nicht-binären Eltern rechtliche Anerkennung zu verschaffen?

**Antwort:** Wir setzen uns dafür ein, dass Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich anerkannt werden, z. B. im Familien-, Abstammungs- und Adoptionsrecht.

Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen anerkannt werden.

5.1 Wie werden Sie Jugendliche und junge Erwachsene im Coming-out unterstützen und die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie -arbeit in diesem Bereich professionalisieren?

**Antwort:** Eine zentrale Rolle spielt dabei die Jugendarbeit. Sie schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für junge Menschen. Deshalb wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern: die Zuwendungen bedarfsgerecht erhöhen, Projektmittel verstetigen und bürokratische Hürden abbauen. Zu diesem Zweck werden wir das Jugendfördergesetz novellieren und an die Bedürfnisse der modernen Jugendarbeit anpassen, hier werden wir auch die Wünsche und Bedürfnisse von LSBTIQ\*-Jugendlichen berücksichtigen. In dem Bereich der Regelstrukturen möchten wir zusätzlich für diese Anliegen sensibilisieren. Wir unterstützen außerdem den Aufbau eines queeren Jugendverbands als landesweite Struktur.

5.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodule zum Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen und die Sensibilität der Fach-, Hilfs- und Verwaltungskräfte erhöht wird?

**Antwort:** Die verbindlichen Ausbildungsmodule in der Altenhilfe- und Pflege wollen wir in den Lehr- und Ausbildungsplänen festschreiben.

5.3 Wie würden Sie zukünftig Modellprojekte unterstützen, die zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTIQ\* in Niedersachsen etablieren wollen?

**Antwort:** Entsprechenden Modellprojekten stehen wir offen gegenüber und möchten prüfen, wie eine langfristige Förderung möglich ist.

6.1 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden sowie weitere Sportinstitutionen ankommt?

**Antwort:** Wir wollen die queere Sportarbeit besser unterstützen, indem wir LSBTIQ\*-Ansprechpersonen benennen und Projekte zur Akzeptanz von Vielfalt fördern.

6.2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Niedersächsische Sportfördergesetz (NSportFG) LSBTIQ\*-inklusiv ausgestaltetet, die Förderung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt explizit benannt wird, sowie Maßnahmen, Kampagnen und Programme, die demokratie- und minderheitenfeindlichen Einstellungen im Sport entgegenwirken, gefördert werden?

**Antwort:** Ja, dafür werden wir uns einsetzen.

6.3 Wie wollen Sie die den Beschluss der Sportminister\*innenkonferenz „Bremer Erklärung zur sexuellen Vielfalt und geschlechtlichen Identität im Sport“ in Niedersachsen konkret umsetzen?

**Antwort:** Da die „Bremer Erklärung zur sexuellen Vielfalt und geschlechtlichen Identität im Sport“ vor zwei Jahren verabschiedet wurde, ist es aus unserer Sicht Zeit, eine Bilanz zu ziehen und mit Vereinen und LSBTIQ\*-Verbänden über weitere Umsetzungsschritte ins Gespräch zu kommen. Für die Umsetzung der Empfehlungen sind jedoch die entsprechenden Vereine zuständig. Als Politik können wir hierzu den Dialog verstärken.

7.1 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fach- und Hilfskräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

**Antwort:** Neben der Aktualisierung von Lehr- und Ausbildungsplänen (siehe Frage 5.2) setzen wir uns für die Thematisierung seitens der Träger\*innen ein. Hierzu wäre auch eine landesweite Kampagne denkbar um die Sensibilität in den Einrichtungen weiter zu erhöhen.

7.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „kultursensibler Umgang mit LSBTIQ\*-Klient\*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner\*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird?

**Antwort:** Siehe hierzu Frage 5.2 und 7.1

7.3 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Siehe dazu Antworten 5.2. und 7.1. LSBTIQ\* haben ein erhöhtes Risiko für psychische Erkrankungen. Gleichzeitig hat Niedersachsen, wie auch andere Bundesländer, seit einigen Jahren Defizite in der psychosozialen, psycho-therapeutischen und psychiatrische Versorgung. Oberstes Ziel ist es deshalb, bestehende Versorgungslücken zu schließen und spezielle Angebote für LSBTIQ\* zu schaffen. Dazu wollen wir das Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung suchen.-

7.4 Werden Sie sich für die auskömmliche Finanzierung und den Fortbestand von Beratungsangeboten im Bereich HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten einsetzen?

**Antwort:** Ja, diese Arbeit ist enorm wichtig und wir werden uns ganz klar für eine ausführliche Finanzierung und den Fortbestand entsprechender Angebote einsetzen.